Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 10 (1918)

Heft: 12

Artikel: Der Landesstreik

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-350880

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bern, Dezember X. Jahrgang 1918 — Nr. 12

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern
Telephon 3168 ○○○○○○○○○○○○ Postscheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration:
Unionsdruckerei Bern
○○○○ Kapellenstrasse 6 ○○○○

INHALT:

	Seite
1. *Der Landesstreik*	85
2. *Diktatur?*	87
3. *Sozialreform und Demokratie*	88
4. *Aus schweizerischen Verbänden*	89
5. *Der Arbeiterschutz in der mexikanischen Staatsverfassung*	89
6. *Schweizerische Volksfürsorge*	90
7. *Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (S. G. G.)*	91
8. *Volkswirtschaft*	91
9. *Arbeiterkongress*	91
10. *Der Generalstreik und die Eisenbahner*	91
11. *Viktor Adler*	92
12. *Ausland*	92
13. *Notizen*	92
14. *Literatur*	92
15. *Quittungen*	92

Der Landesstreik.

Der Weltkrieg hat die Weltrevolution geboren. Vier Jahre Massenmord, Massenelend, Massenausbeutung gingen an der Menschheit nicht spurlos vorüber. Lange hat es gebraucht, bis die Schafsgeduld erschöpft war, aber schliesslich brach mit elementarer Wucht das Unwetter herein.

Der Zarenthron fiel zuerst in Scherben. Das ganze korrupte System wurde hinweggefegt. Dann kam das österreichisch-ungarische Völkermosaik an die Reihe. Die slawischen Völker erklärten sich unabhängig, Ungarn und Deutsch-Oesterreich folgten dem Beispiel, und der «vielgeliebte» Kaiser Karl sass zwischen zwei Stühlen. Jetzt findet jedermann, eine Krone sei eigentlich eine ganz überflüssige Kopfbedeckung. In den letzten Tagen ist auch das stärkste Bollwerk des monarchischen Staatsgedankens, Preussen-Deutschland, von der Revolution ergriffen worden. Hier schien die Arbeit besonders schwierig; handelte es sich doch nicht nur um einen einzigen Vertreter der Kronenzunft, sondern um rund zwei Dutzend nebst grossem Anhang. Trotzdem gelang es, nachdem einmal der Anfang gemacht war, vorzüglich. Im Moment, da wir dies schreiben. dürfte die Monarchie in allen deutschen Landen der Geschichte angehören.

Es ist nicht unsere Absicht, hier eine Darstellung der revolutionären Ereignisse zu geben; wir rufen sie nur kurz in Erinnerung, weil sie mit den Vorgängen in der Schweiz in engstem geistigen Zusammenhang stehen. Die schweizerische Arbeiterschaft verfolgt alle diese Ereignisse nicht nur mit Interesse, nein, ihr Fühlen und Denken ist *mit* den Arbeitern in den Ländern der Revolution, sie jubelt über jeden neuen Sieg, und sie bewundert die Einmut und die Energie, mit der die revolutionären Aktionen fast unblutig durchgeführt werden. Daneben ist es ihr klar, dass die Frage, ob Monarchie oder Republik den wirtschaftlichen Umwälzungen gegenüber, die bevorstehen, eine ziemlich untergeordnete Bedeutung hat. Der Sturz der Monarchie versinnbildlicht allerdings die Niederlage der feudalreaktionären Mächte, die das Volk mit allen ihnen zu Gebote stehenden Gewaltmitteln am Aufstieg und am Mitspracherecht hinderten.

Dass die schweizerische Arbeiterschaft von diesen Ereignissen nicht unberührt bleiben konnte, ist sonnenklar. Wir rühmen uns der ältesten Demokratie der Welt. Das konnte aber trotz verbrieften Volksrechten, trotz Initiative und Referendum nicht hindern, dass die Arbeiterschaft auch in der Schweiz politisch nicht zur Geltung gelangen konnte. Trotz einem Drittel der Stimmen bei der letzten Nationalratswahl verfügte sie dank einem raffinierten Wahlverfahren nur über ein Zehntel der Mandate in der Bundesversammlung. Die Arbeiterschutzgesetzgebung arbeitet mit einer Schwerfälligkeit und in einem Geist, der jeder Autokratie zum Vorbild dienen kann. Während der Kriegszeit hat es nicht an Beweisen dafür gemangelt, dass die Interessen des Geldsacks auch in der Demokratie ausschlaggebend sind. Wir wollen nicht an die vielen Aktionen erinnern, die die Arbeiterschaft durchzuführen hatte, und an die halben Konzessionen, die man ihr schliesslich, dem äussersten Drucke gehorchend, machte. Wir wollen nur andeuten, mit welch fadenscheinigen Argumenten die Abstimmung über die Verhältniswahl des Nationalrates immer wieder hinausgeschoben wurde und wie man auch nach der Abstimmung zunächst beabsichtigte, den weiteren Verlauf der Dinge in aller Gemächlichkeit zu erdauern. Und das Schauspiel bei der Beratung der Bundessteuerinitiative und bei der Kriegssteuer! Wie haben da die Patrioten, die in den letzten Tagen den Bundesrat zu seiner «festen» Haltung dem Landesstreik gegenüber beglückwünschten, gefeilscht und gemarktet, um ja dem lieben Vaterland vom eigenen Ueberfluss möglichst wenig geben zu müssen. Wie kleinlich und knorzig zeigte man sich den Arbeitern und Angestellten des Bundes gegenüber bei allen Bestrebungen nach mehr Lohn und verkürzter Arbeitszeit! Wie oft stand der Streikausbruch auf des Messers Schneide, ehe man sich wieder zu einigen Konzessionen bequemte!

Das ist der Boden, auf dem der Landesstreik heranreifte. Es brauchte nicht viel, um ihn auszulösen mit einer Wucht, die in der Arbeiterbewegung der Schweiz, vielleicht sogar in der Arbeiterbewegung überhaupt, unerhört ist.

In Zürich wurde in dem Moment ein Truppenaufgebot erlassen, als sich die dortige Arbeiterschaft anschickte, eine friedliche Demonstration zur Feier der russischen Revolution zu veranstalten. Die Demonstration wurde wegen «Gefährdung der öffentlichen Sicherheit» verboten. Das Militäraufgebot wurde vom Oltener Aktionskomitee* mit einem 24stündigen Proteststreik beantwortet, dem sich die Arbeiterschaft von etwa 25 Plätzen anschloss. Der Streik verlief äusserst

* Der Gemeinderat von Olten erklärte neuestens in der Presse, es gehöre dem Komitee kein Oltener Bürger an. Er protestierte bei der Regierung und beim Bundesrat gegen den „Missbrauch" des Namens der guten Stadt Olten.

imposant, und er konnte den Herrschenden ein Warnungszeichen sein, den Bogen nicht zu überspannen.

In Zürich verlangte man mit aller Entschiedenheit Weiterführung des Kampfes mit Beizug der Eisenbahner bis zur Aufhebung des Truppenaufgebotes, unter Aufstellung von neuen Forderungen.

Die Zürcher drangen mit ihrer Auffassung durch, nachdem auch der Bundesrat die Aufhebung des Truppenaufgebotes abgelehnt hatte. Es wurde der Beginn des Landesstreiks auf Montag nachts 12 Uhr festgesetzt. Die Zürcher legten schon 24 Stunden vorher los. Ueber den Verlauf des Kampfes wollen wir nicht mehr sagen, als dass er einen Aufmarsch der Arbeiterschaft und eine Einhelligkeit der Stimmung zeigte, die verblüffen müsste, wenn eben nicht seit Jahren Zündstoff aufgehäuft gewesen wäre.

Das Aktionskomitee formulierte als Streikparole die folgenden Forderungen:

Umbildung der Landesregierung unter *Anpassung* an den vorhandenen Volkswillen. Diese Landesregierung sollte sich auf das folgende Programm verpflichten:

1. Sofortige Neuwahl des Nationalrats auf Grundlage des Proporzes.
2. Aktives und passives Frauenwahlrecht.
3. Einführung der Arbeitspflicht.
4. Einführung der 48stundenwoche in allen öffentlichen und privaten Unternehmungen.
5. Reorganisation der Armee im Sinne eines Volksheeres.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Produzenten.
7. Alters- und Invalidenversicherung.
8. Staatsmonopole für Import und Export.
9. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden.

Der Bundesrat berief sofort die Bundesversammlung zu einer ausserordentlichen Tagung; allerdings nicht in der Absicht, die Verwirklichung dieses Programms anzubahnen, sondern um sich Vollmacht für die Unterdrückung des Streiks und Bestrafung der « Schuldigen » geben zu lassen. Er hat sich in seinem Parlament nicht getäuscht. Das einzig Positive, was aus den zweitägigen Debatten resultierte, war das Zugeständnis, dass die Vorarbeiten für den Nationalratsproporz so gefördert werden sollen, dass die Neuwahlen im nächsten Frühjahr stattfinden können. Im übrigen zeigte sich im Rate für die Bestrebungen der Arbeiterschaft sowenig Verständnis wie je zuvor.

So gross das Tohuwabohu bei der Kriegssteuerberatung der letzten Session war, wo es den Herren ans eigene « Lebige » ging, so geschlossen war die Front gegen die Arbeiterschaft. Wär's nicht so unsäglich heuchlerisch, so müsste man es belustigend finden, wie der Demokratie, die keine Gewalt kennt, das Lob gesungen wurde. Wie wurde da gestritten für die Pressfreiheit und Zukunftswechsel auf spätere Reformen ausgestellt! Daneben dem Bundesrat alle Vollmacht gegeben, die Arbeitsaufnahme des Eisenbahnpersonals mit Hilfe verrosteter Paragraphen eventuell zu erzwingen.

Unter der Hand gab man das Versprechen, keine Massregelung vorzunehmen, wenn der Streik bis Mittwoch abends 5 Uhr abgebrochen werde. Die Frist wurde dann noch bis Donnerstag 2 Uhr verlängert. Der Machtdünkel und das Gefühl der Stärke war unter dem Schutze der Bajonette so gross, dass man sich nicht dazu herbeiliess, diese Konzession offiziell zu machen, obschon man wissen musste, dass ohne sie der Abbruch unmöglich gewesen wäre.

Angesichts aller Umstände musste sich das Aktionskomitee ernstlich mit der Frage des Abbruches befassen. Es ist hier nicht der Ort, das Für und Wider eingehend zu erwägen. Das Aktionskomitee wird sich seinen Auftraggebern gegenüber auf dem Arbeiterkongress verantworten. Soviel stand am Mittwochabend fest, dass vom Nationalrat absolut nichts mehr zu erreichen, dass dem Bundesrat der Rücken gestärkt war, das Militär gegenüber der Arbeiterschaft eine durchaus feindselige Haltung einnahm, einige Eisenbahnergruppen nicht auf ganz festen Füssen standen, die Lebensmittelversorgung, insbesondere die Milchversorgung, stellenweise schon ganz versagte und der Zorn eines Teils des Publikums sich gegen die Streikenden richtete. Es war ferner zu befürchten, dass der bisher in musterhafter Ruhe verlaufene Streik zum Bürgerkrieg ausartete, dass Sabotageakte eintreten und, wie das schon vereinzelt in Grenchen, Solothurn und Zürich geschehen war, das Militär auf die Streikenden losgelassen werde.

Dem Aktionskomitee selber wurde der Verkehr mit auswärts von Stunde zu Stunde mehr erschwert. Das Sitzungslokal und die Druckerei wurden militärisch besetzt, das Telephon abgeschnitten. Es war damit zu rechnen, dass auch der Stafettenverkehr ganz unterbunden werde, wie das schon vereinzelt der Fall war.

Selbstverständlich konnte der Streik trotz alledem noch einige Tage aufrechterhalten werden, sofern die lokalen Streikleitungen nur fähig waren, das Nötige an ihrem Ort vorzukehren. Man hätte aber mit der Weiterführung den Arbeitern noch grössere finanzielle Opfer zugemutet, hätte die Gefahr des Abbröckelns des Streiks und der Desorganisation heraufbeschworen. Das Aktionskomitee hatte aber auch keinen Auftrag, den Bürgerkrieg zu organisieren. Ganz im Gegenteil. In den Weisungen, die im März in tagelanger Beratung festgestellt wurden, ist der revolutionäre Generalstreik deutlich und mit Absicht als Kampfmittel ausgeschaltet worden.

Das Aktionskomitee hat nach reiflicher Erwägung aller Umstände die Abbruchparole ausgegeben. Auch die Genossen, die ihr nicht beipflichteten, waren darin mit der Mehrheit eines Sinnes, dass im Moment materiell nicht mehr zu erreichen sei. Für ihre Entscheidung waren taktische Gründe massgebend. Sie glaubten, es sei besser, den Kampf so lange weiterzuführen, bis die Arbeiter selber von seiner Nutzlosigkeit überzeugt seien. Sie befürchteten aus den Reihen der Arbeiter einen Sturm der Entrüstung wegen allzufrühen Abbruches. Dieser Sturm kam denn auch. Wir waren darauf gefasst, hofften jedoch, er werde sich in — wenn vielleicht auch scharfer Kritik erschöpfen und nicht in ein massloses Wutgeheul über die « feige Treulosigkeit » des Aktionskomitees, das dem « Feinde eine heroische Truppe bedingungslos auslieferte », ausarten, wie das im « Volksrecht » geschah. Hätte nicht die Armeeleitung in ihrem scharfmacherischen Drange es uns verunmöglicht, die Weisung auf Abbruch rechtzeitig herauszugeben, so hätte manche Aufregung und manches Missverständnis behoben werden können. Auch Bundesrat Calonder brachte es nicht über sich, in der Bundesversammlung von der einfachen Abbruchparole Kenntnis zu geben. Er fühlte sich so sehr als Sieger in diesem ungleichen Kampf, dass er den Abbruch mit dem ganz unnötigen und nicht einmal den Tatsachen entsprechenden *Bedingungslos* unterstrich. Das musste im Lande draussen, wo das Depeschenbureau geschäftig noch eine « bedingungslose *Kapitulation* » daraus machte, wie ein Peitschenhieb wirken. Dergestalt sieht die versöhnliche Stimmung aus, von der man angeblich beseelt ist. Dem Bundesrat und der Armeeleitung ist es sicher nicht zu verdanken, dass der Streik so gross und so ruhig verlaufen ist. Das ist einzig das Verdienst der Arbeiterschaft selber, die jeder Provokation aus dem Wege

ging. Sehr interessant ist nach dieser Richtung ein Geständnis, das dem « Bund » entschlüpft ist. Er schrieb, es gebe während der Streiktage drei Sorten von Strassenpublikum: 1. das neugierige Bürgerkind beiderlei Geschlechts, das sich überall vordränge, aber auch sofort Reissaus nehme; 2 die Jungburschen, die stets zum Pfeifen und Anrempeln der Leute bereit seien; die dritte Sorte, das seien aber die Gefährlichsten. Sie stehen im Hintergrund zu zweien und dreien schweigsam und unangreifbar.

Soviel ist sicher, dieser mit durchaus legalen Mitteln durchgeführte Streik hat einen gewaltigen und bleibenden Eindruck hinterlassen. Wenn nun ein Teil der bürgerlichen Presse, nachdem sie sich vom ersten Schrecken erholt hat, tobt wie besessen und für die Streikleiter das Zuchthaus, wenn nicht den Galgen verlangt, so ist nur soviel zu sagen, dass dieses Rezept vollständig versagen wird. In einem Moment, da allüberall die geknechteten Völker die Fesseln sprengen, mit der Polizeifaust zu regieren, das ist ein böses Unterfangen. Das Arbeitervolk der Schweiz verlangt heute Anerkennung, Mitspracherecht, Erfüllung seiner wirtschaftlichen Forderungen. Es will mitarbeiten, und es hat diesen Willen bei vielen Gelegenheiten bewiesen. Dagegen sei gesagt, die Zeit der schönen Phrasen ist vorbei, wir wollen Taten sehen.

Hätte der Bundesrat mit der Fixigkeit, wie er eine ausserordentliche Untersuchungskommission zur Feststellung der Verantwortlichkeiten für den Landesstreik bestellt hat, eine Kommission zur Vorbereitung der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages bestellt, er würde dem Land einen grösseren Dienst leisten und hätte Aussicht, sich das Vertrauen der Arbeiter, an dem ihm anscheinend so viel liegt, schliesslich doc hnoch zu erwerben. Der Bundesrat wird sich dieses Vertrauen der Arbeiter nicht erwerben, weil er nicht über seinen eigenen Schatten schreiten kann.

Diktatur?

Nicht nur in den Kreisen der Sozialdemokratie, sondern bis weit hinein in die Kreise des Bürgertums spricht man heute von der Sozialisierung der Gesellschaft als dem kommenden Zustand. Der Krieg hat in seinen Folgen so umwälzend gewirkt, dass von der Konservierung der bestehenden Gesellschaftsordnung keine Rede mehr sein kann.

Um so mehr ist jedoch der Kampf entbrannt über den Weg, der zur Verwirklichung des Sozialismus eingeschlagen werden soll. Die Sozialdemokratie stand bisher auf dem Boden der Erringung der politischen Macht auf legalem Wege, die Gewerkschaften führten den Kleinkampf gegenüber dem Kapitalismus, sie klärten die Massen auf und rangen dem Unternehmertum Stück um Stück seiner Position ab.

In den letzten Monaten ging indessen die Entwicklung mit Siebenmeilenstiefeln. Was früher das Ergebnis jahrzehntelanger Kämpfe war, verwirklichte sich in Tagen. Was Wunder, wenn mancher aus dem Kurs kam und die Welt nicht mehr verstand! Inmitten dieser chaotischen Zeitumstände steigerte sich der proletarische Massenwille, angestachelt durch die allgemeine Not der arbeitenden Massen und durch die freche Genusssucht einer Handvoll Schmarotzer. Die Frage der proletarischen Diktatur ist aus dem Bereiche der theoretischen Erörterungen zur praktischen Entscheidung herangereift. Die einen weisen aus Karl Marx nach, dass die geistige Eroberung des Volkes den Sieg der Revolution gewährleiste, die andern, dass dies nur durch die Diktatur möglich sei. Im Grunde genommen, sind es keine prinzipiellen, sondern taktische Meinungsverschiedenheiten, die hier in Erscheinung treten, insofern ja beide Gruppen auf dem Boden des Sozialismus stehen und sich nur darüber streiten, auf welchem Weg er am schnellsten verwirklicht und am besten verankert werden kann.

Nach unserer Auffassung kann es sich nicht einfach darum handeln, sich schablonenhaft für diese oder jene Taktik zu entscheiden. Es kommt wesentlich auf die wirtschaftlichen Bedingungen des Landes, in dem wir uns befinden, und auf die weltpolitische Lage an. Wir können wohl aus den Ereignissen an den Grenzen ringsum lernen, aber wir können sie nicht kopieren. Wo das Lohnproletariat in der grossen Mehrheit sich befindet und die geistige Entwicklung einen gewissen Reifegrad erreicht hat, ist die Diktatur nicht nur überflüssig, sondern direkt schädlich, weil sie die abseits stehenden Volksteile von der Mitarbeit fernhält und damit die richtige Organisation der Wirtschaft verhindert. Befindet sich aber das Proletariat in der Minderheit und greift es in dieser Lage zur Diktatur, so kann der Sieg nur ein vorübergehender sein, die reaktionären Mächte werden alle Massnahmen der neuen Ordnung sabotieren und dadurch die Gesamtwirtschaft lähmen. Nach kürzerer oder längerer Zeit wird jede solche Diktatur wieder hinweggefegt werden.

Für die Schweiz bedeutet die Anstrebung der proletarischen Diktatur nichts anderes als den Bürgerkrieg in Permanenz. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus rund 900,000 Arbeitern und Arbeiterinnen, 250,000 gewerblichen Unternehmern aller Art, über 200,000 selbständigen Bauern und einem Heer von Intellektuellen und freien Berufen Angehörenden. Das Proletariat wird man kaum restlos für die Sozialdemokratie beanspruchen dürfen. Von den Unternehmern ist ein Teil sicher dem Proletariat zuzuzählen, doch haben die Ereignisse der letzten Tage gezeigt, dass sie politisch und wirtschaftlich vorläufig nicht für uns zu haben sind. Das gleiche gilt für die Intellektuellen. Wie es mit den Bauern steht, darüber braucht es keine langen Auseinandersetzungen. Aber gerade die Bauern müssen wir haben, wenn wir die sozialistische Gesellschaft organisieren wollen, denn diese Organisation ist zum guten Teil eine Magenfrage, die ohne praktische Mithilfe der Bauern nicht gelöst werden kann. Nach uns zugekommenen Berichten ist es nicht einmal in Russland gelungen, die Bauern zu freiwilliger Hergabe der Lebensmittel zu veranlassen, um wieviel weniger wird das in der Schweiz der Fall sein.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist für die Schweiz auch die internationale Situation. Wenn vor hundert Jahren die Schweiz als politisches Experimentierland galt und Metternich hoffte, die Schweiz werde an ihrer Demokratie zugrunde gehen, so liegen die Verhältnisse heute, da es sich um wirtschaftliche Umwälzungen allergrössten Stils handelt, die Dinge wesentlich anders. Wohl liegen die Zentralmächte am Boden und es triumphiert dort die Revolution. Dagegen sind die Völker der Entente noch im Siegesrausch befangen und die Regierungen im Zenith ihrer Macht. Wie lange dieser Zustand anhalten wird, weiss heute kein Mensch. Es ist auch jede Prophezeiung müssig. Die Entente wird aber eine proletarische Diktatur in der Schweiz sowenig dulden als in Russland. Einen Vorgeschmack davon haben wir in der Tatsache des Abschubs der Sovietgesandtschaften aus der Schweiz, aus Deutschland und Holland. Die französischen Zeitungen erklären es heute auch unverblümt, mit einem bolschewistischen Deutschland werde nicht Friede geschlossen.

Wenn also aus taktischen Gründen, um den Sozialismus rasch verwirklichen und befestigen zu können, die Errichtung der proletarischen Diktatur angestrebt